

p.B.15.21.Tch.(2) - BMR/au

Vertraulich

30. OKT. 1973

P r o t o k o l l

der Aussprache anlässlich des Besuches von
Herrn Miloslav Ruzek, Vizeausserminister der CSSR,
vom 26. September 1973, 09.30-11.45 Uhr

Teilnehmer:Delegation der Schweiz:

Botschafter E. Thalmann
Botschafter Ch. Müller
Botschafter F. de Ziegler
K. Fritschi

E. Brunner

G.F. Pedotti

R. Bodenmüller

Generalsekretär

Chef der Politischen Abteilung I

Chef des Politischen Sekretariats

Stellvertr. Chef der Politischen
Abteilung I (bilaterale Angele-
genheiten)Stellvertr. Chef der Politischen
Abteilung I (multilaterale Angele-
genheiten)Diplomat. Mitarbeiter der Politischen
Abteilung I

Diplomat. Stagiaire (Protokoll)

Delegation der CSSR:

Minister Miloslav Ruzek
Botschafter Vladimir Janku

Botschafter Oldrich Krepelak

Botschafter Milan Lajciak

Vaclav Kratochvil

Frau Tatiana Klarova

Vizeausserminister der CSSR

Chef der Abteilung für aussen-
politische Grundsatzfragen im
Aussenministerium der CSSRAbteilungsleiter beim Aussen-
ministerium der CSSR

Missionschef der CSSR in Bern

Botschaftsrat bei der Botschaft
der CSSR in Bern

Uebersetzerin



Bilaterale Fragen

Botschafter Thalmann heisst die Delegation der CSSR willkommen und gibt seiner Freude Ausdruck, dass hiermit die letztjährigen bilateralen Gespräche weitergeführt werden. Er bittet Minister Ruzek, die Reihenfolge der Verhandlungspunkte zu bestimmen. Von schweizerischer Seite wäre es wünschenswert, wenn vorwiegend bilaterale Probleme diskutiert würden. Multilaterale Probleme und Fragen der KSZE könnten dann nach dem Mittagessen besprochen werden. Auf einen Tour d'horizon wird schweizerischerseits verzichtet. Die Schweiz übt in der Beurteilung der Vorgänge in der Welt immer Zurückhaltung aus. Allenfalls könnten wir dann zum Tour d'horizon von Herrn Minister Ruzek Stellung nehmen. Schliesslich stellt Botschafter Thalmann die Mitglieder der schweizerischen Delegation vor und gibt das weitere Programm bekannt.

Minister Ruzek verdankt herzlich die Einladung. Er halte Kontakte dieser Art für sehr günstig und hoffe, dass derartige bilaterale Verhandlungen fortgesetzt würden. Die Kontakte auf Botschafterebene seien sehr gut. Er hoffe, dass Botschafter Thalmann in angebrachter Zeit wieder zu einem Besuch nach Prag kommen werde. Mit dem vorgeschlagenen Programm sei er einverstanden. Es sei seiner Delegation bewusst, dass die Schweiz als Gastland der 2. Phase der KSZE viel zu tun habe. Die Tatsache, dass alle Länder mit Genf als Tagungsort einverstanden waren, könne als Erfolg der schweizerischen Politik angesehen werden.

Botschafter Thalmann verdankt die freundlichen Worte. Wir haben die Abhaltung der Sicherheitskonferenz in der Schweiz nicht gesucht; wir werden weiterhin unser Bestes tun. Auch die Einladung nach Prag wird verdankt; die Schweiz ist für bilaterale Kontakte. Wir sind jedoch dem Universalitätsprinzip verpflichtet und können

nicht das ganze Jahr reisen. Zu gegebener Zeit werde er jedoch die Einladung gerne berücksichtigen.

Botschafter Krepelak gibt der Freude Ausdruck, dass der Meinungsaustausch erst 15 Monate nach den letzten Gesprächen in Prag fortgesetzt werde. In den vergangenen 15 Monaten haben sich die gegenseitigen Beziehungen weiter vertieft. So begannen im August 1972 Verhandlungen über den Schutz der Herkunfts- und anderer geographischer Bezeichnungen; im November 1972 besuchte der Vize-Aussenhandelsminister der CSSR die Schweiz; Ende 1972 wurden Verhandlungen über den internationalen Strassenverkehr durchgeführt. Im Mai dieses Jahres tagte die schweizerisch-tschechoslowakische Gemischte Wirtschaftskommission unter dem Vorsitz von Botschafter Probst.

Vor allem die wirtschaftlichen Kontakte haben sich auf der Basis des Abkommens vom Mai 1971 erfreulich entwickelt. Die schweizerisch-tschechoslowakische Handelskammer, welche im Februar 1972 gegründet wurde, hat dabei sehr gute Dienste geleistet. Vom 15. - 17. November 1972 wurden in Zürich mit Unterstützung der OSEC tschechoslowakische Tage durchgeführt. Schweizerische Firmen nehmen ihrerseits an den Herbstmessen in Brno und Bratislava teil.

Auch auf kulturellem und wissenschaftlichen Gebiet wurden die Beziehungen gefördert durch Austausch, Konzerte, Tournées etc.

Als Fazit kann festgestellt werden, dass keine offenen oder strittigen Fragen zwischen den beiden Ländern bestehen. Dennoch möchten wir einige Vorschläge für den Weiterausbau der gegenseitigen Kontakte auch auf politischem Gebiet vorbringen. Zweckmässig erschiene ein Austausch unter Parlamentariern. Dazu wird das EPD um Unterstützung gebeten. Weiter sollten auch intensivere Kontakte unter führenden Repräsentanten des politischen und wirtschaftlichen Lebens hergestellt werden. Ebenfalls sollten regelmässige Beziehungen unter grösseren Städten gepflogen werden. Auf kulturellem Gebiet sollte die Zusammenarbeit mit der Pro Helvetia und andern Institutionen sowie mit Universitäten ausgebaut werden.

Botschafter Thalmann schliesst sich den Feststellungen an, dass sich die gegenseitigen Beziehungen günstig entwickelt haben, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Wirtschaftliche Fragen sollten hier jedoch ausgeklammert bleiben. Wegen unseres wirtschaftlichen Systems müssten bei uns private Kreise und Organisationen für eine Stimulierung der Wirtschaftskontakte sorgen. Die schweizerisch-tschechoslowakische Handelskammer spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Anregungen auf dem Gebiet der politischen Zusammenarbeit werden gerne entgegengenommen. Wir begrüssen intensivere Kontakte auf den vorgeschlagenen Gebieten. Die Wünsche über einen Austausch von Parlamentariern werden wir den Eidgenössischen Räten in Erinnerung rufen. In den kulturellen Fragen ergeben sich Schwierigkeiten dadurch, dass diese in den Bereich der Kantone fallen und deshalb nicht leicht unter einen Hut zu bringen sind. Was die Pflege engerer Kontakte unter Städten anbetrifft, so bestehen bereits solche zwischen Brno und Lausanne sowie zwischen Karlsbad und Locarno.

Herr Fritschi: Die Fragen betreffend Besuche von Parlamentariern und Kontakte unter Städten habe er bereits mit Herrn Botschaftsrat Kratochvil besprochen. Die tschechoslowakischen Wünsche seien an den Generalsekretär der Bundesversammlung und den Stadtpräsidenten von Bern weitergeleitet worden. Der Botschafter der CSSR sollte direkt mit den zuständigen Stellen Verbindung aufnehmen.

Botschafter Lajciak versichert, dass er den Stadtpräsidenten von Bern noch dieses Jahr aufsuchen werde. Dabei sollten Besuche der Bürgermeister von Prag und Bratislava vereinbart werden.

Minister Ruzek: Ein heikler Punkt besteht in der Tatsache, dass man in der CSSR immer noch unter den Eindrücken der Ereignisse von 1968 steht. Man muss darüber hinwegkommen. Die Behörden und die Mehrheit der tschechoslowakischen Bevölkerung wissen heute, was damals geschah und zeigen Verständnis für jene Vorkommnisse. Es besteht ein Trend zur Konsolidation des Lebens. Ein Teil der Emigranten, welche die CSSR 1968 verlassen haben, besitzt jedoch falsche Ansichten. Diese Leute haben sich geirrt. Sie beharren auf ihren Auffassungen und versuchen, die Situation in der CSSR zu

beeinflussen. Sie können sich nicht damit versöhnen, dass die Entwicklung einen anderen Gang genommen hat. Eine Anzahl von ihnen hat die Möglichkeit, mit öffentlichen Kommunikationsmitteln ihre Gedanken zu verbreiten. Solche Auftritte haben schon verschiedentlich im Schweizer Fernsehen stattgefunden; so komme z.B. heute abend eine Sendung mit Pavel Kohout. Was würde wohl geschehen, wenn man in der CSSR auf diese Weise die Entwicklung in der Schweiz beeinflussen wollte? Es sollte verhindert werden, dass in der Schweiz lebende Bürger der Tschechoslowakei die Meinung in jenem Land beeinflussen können. Das bringt emotionelle Probleme.

Tschechoslowakischerseits ist man bereit, mit schweizerischen Vertretern des öffentlichen Lebens Probleme zu diskutieren, wie z.B. Fragen der Familienzusammenführung. Die Erledigung vieler Fragen fällt allerdings nicht in die Kompetenz des Aussenministeriums, sondern in diejenige der lokalen Organe und der Gerichte. Das Aussenministerium kann jedoch helfen und ist dazu bereit. Dazu muss aber eine Atmosphäre des offenen Meinungs austausches bestehen. Eine Erschwerung der Situation durch die erwähnten Auftritte und Sendungen wäre dem nicht förderlich.

Botschafter Thalman: Die angeschnittenen Fragen können mit Recht als heikel bezeichnet werden. Er komme nicht mehr auf die Ereignisse von 1968 zurück. Die Dinge haben sich inzwischen beruhigt. Die Flüchtlingsfrage hat uns nie besondere Probleme gebracht. In den Jahren 1968 und 1969 haben insgesamt 11'108 tschechoslowakische Staatsangehörige bei uns um Asyl nachgesucht. 1970 sind 1'311 Personen, 1971 420 und 1972 280 weitere dazugekommen. Die Aufnahme von Flüchtlingen in unserem Land entspricht einer alten Tradition. Die Asylgewährung wird z.B. auch für verfolgte chilenische Staatsbürger erwogen; auch Lenin hat in der Schweiz Asyl genossen. Im grossen und ganzen verhalten sich die tschechoslowakischen Flüchtlinge sehr zurückhaltend. Sie haben grundsätzlich kein Recht, sich politisch zu betätigen. Dieses Prinzip wird indessen ausserordentlich liberal gehandhabt; das bringt Probleme. Schon mancher Botschafter ist wegen Fernseh- oder Radiosendungen in der Schweiz vorstellig geworden.

Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, dass wir auf die Gestaltung der Programme keinen Einfluss ausüben können. Wir verstehen, dass in der CSSR zahlreiche Äusserungen, die in unserem Land gemacht werden, nicht geschätzt sind. Wir können dies jedoch nicht beeinflussen; überdies hat sich die Situation wesentlich abgekühlt.

Tschechoslowakische Bürger bekommen bei uns jetzt Niederlassungsbewilligungen und können nach 12 Jahren Schweizerbürger werden. Die meisten wünschen dies und brechen daher die Brücken zur CSSR ab, so dass graduell eine weitere Beruhigung eintreten wird.

Das Problem der Familienzusammenführung ist für uns ein wichtiges Anliegen, und wir halten es aus menschlichen Gründen für eine ernste Sache. Es geht dabei immer um Einzelfälle, welche sicher gelöst werden könnten. Mit dem Einverständnis von Minister Ruzek wird Botschafter Müller ein paar Fälle darlegen.

Minister Ruzek weist noch einmal darauf hin, dass dies nicht nur die Angelegenheit des Aussenministeriums, sondern auch anderer Instanzen sei. Niemand sehe gerne, dass Menschen getrennt blieben. Voraussetzung zur Lösung dieser Fragen sei eine entsprechende offene Atmosphäre. Fälle, die mit 1968 verknüpft sind, seien heute noch emotionell belastet. Er glaube, es gebe gewisse Möglichkeiten, um Einfluss zu nehmen gegen tendenziöse Sendungen in schweizerischen Massenmedien. Massnahmen in dieser Richtung stünden im Interesse der guten Entwicklung der gegenseitigen Kontakte.

Botschafter Thalmann: Wenn wir Einfluss ausüben könnten, so würden wir unsere Presse und Television anhalten, nicht dauernd die eigene Regierung zu kritisieren. So etwas können wir jedoch nicht tun. Wir sind der Ansicht, dass die gute Atmosphäre am besten gefördert werden kann durch den Ausbau der angeführten bilateralen Kontakte.

Unsere Fälle, die wir vorlegen möchten, sind von einer gewissen Bedeutung. Einer davon betrifft ein Patenkind des Präsidenten des Ständerates; es ist verständlich, dass man sich in schweizerischen

- 7 -

Parlamentarierkreisen besonders darum interessiert. Eine Lösung dieses Falles würde die vorgeschlagenen Kontakte von Parlamentsmitgliedern sicherlich erleichtern.

Botschafter Müller: Die vorliegenden Fälle stehen nur zum Teil mit den Ereignissen von 1968 im Zusammenhang. Wenn man sie erledigen könnte, würde von unserer Sicht betrachtet die Atmosphäre der gegenseitigen Beziehungen verbessert. Details dieser Angelegenheiten könnten durch unsere Botschafter in Prag und Bern besprochen und vorgelegt werden.

Zwei Fälle stehen mit Heiraten von Schweizerbürgern mit Tschechoslowakinnen im Zusammenhang. Im Fall Rolf Beat Ramseyer (Vorgeschichte wurde dargelegt) besteht ein Problem insofern, als die Frau, welche ein Kind erwartet, nicht aus der CSSR ausreisen kann. Aus menschlichen Gründen legen wir grossen Wert darauf, dass Frau Ramseyer geb. Pumpova mit ihrem Mann in der Schweiz zusammenleben kann. Beim Fall Michel Bujard handelt es sich, wie angetönt, um ein Patenkind des Ständeratspräsidenten. Frau Bujard geb. Gajdasova, welche mit ihrem Gatten im Juni dieses Jahres in die CSSR fuhr, darf das Land ebenfalls nicht mehr verlassen. Im Haftfall der Frau Rumo geb. Pospisil wünschten wir, dass das Verfahren beschleunigt werde. Die Verhandlungen werden erst im Dezember beginnen, nach einem Jahr Untersuchungshaft. Das finden wir zu lange für ein solches Delikt. Weiter wurden einzelnen Schweizerbürgern, meist Beamten, die als Touristen in die Tschechoslowakei einreisen wollten, die Visa nicht erteilt. Wir sehen nicht ein, wieso diese nicht einreisen dürfen.

Die neu erlassenen Aus- und Rückreiseformalitäten für Schweizerbürger in der CSSR erscheinen uns als starke Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Wir bitten, dass diese Vorschriften überprüft und eventuell abgeändert werden. Wir werden diese Fragen durch unsere Botschaft weiterhin im Auge behalten.

Botschafter Krepelak äussert sich zu den einzelnen Fällen. Im Fall Ramseyer bestehe ein Hindernis darin, dass die Frau noch nicht volljährig sei, welches Alter in der CSSR mit 18 Jahren erreicht werde. Zum Fall Bujard sei zu sagen, dass die Frau bald ausreisen könne. Es seien nur noch kleine Formalitäten zu erledigen. Frau Rumo geb. Pospisil habe sich schwerer Devisenvergehen schuldig gemacht. Das Verfahren werde noch einige Zeit dauern. Kontakte mit der Schweizerischen Botschaft bestünden jedoch. Was die Aus- und Rückreisebestimmungen anbetreffe, so beträfen diese alle in der CSSR ansässigen Ausländer. Dies sei eine rein innerstaatliche Angelegenheit. Zu den Verweigerungen von Visa an Schweizer Touristen: Es sei das Recht jedes Staates, so etwas zu tun. Man habe immer seine Gründe, die nicht in jedem Fall bekanntgegeben werden, z.B. aus Sicherheitsgründen.

Man habe seinerzeit in der CSSR mit Befremden von einer Mitteilung in der Schweizerpresse vom 17.7.1973 Kenntnis genommen, in welcher die Schweizer vor Reisen in sozialistische Staaten gewarnt wurden.

Minister Ruzek bittet, die Einzelheiten über die vorgebrachten Konsularfälle vorzulegen. Man werde alles prüfen und beantworten.

Botschafter Thalmann: Diese Einzelfälle belasten unverhältnismässig die Atmosphäre unserer Beziehungen. Wir wären deshalb ausserordentlich dankbar, wenn man diese erledigen könnte.

Botschafter Lajciak: Die Situation im Informationsbereich zwischen der Schweiz und der CSSR ist abnormal. In den Jahren 1968 und 1969 haben verschiedene Schweizer Korrespondenten aus der CSSR ausgewiesen werden müssen. Dagegen sind tschechoslowakische Reporter in der Schweiz geblieben. Diese arbeiten nun gegen die Interessen ihres Heimatstaates. In der tschechoslowakischen Presse ist in den letzten Jahren keine einzige Kritik an der schweizerischen Aussenpolitik erfolgt. So hat man z.B. auch bei der Schwarzenbach-Initiative äusserste Vorsicht bewahrt. Auch die Presse der CSSR ist frei. Man

trachtet jedoch danach, keine Presseäusserungen gegen die Schweiz zu machen, da dies die gegenseitigen Beziehungen beeinträchtigen würde.

Ein weiteres Problem wird tschechoslowakischerseits darin gesehen, dass in der Schweiz lebende Familienväter keine Unterhaltsbeiträge für ihre in der CSSR lebenden Frauen und Kinder leisten wollen. Man ist dagegen, dass solche Fälle in der CSSR publiziert oder von Parlamentsvertretern vorgebracht werden, denn dies würde die Atmosphäre der Beziehungen trüben.

Als abnormal betrachte er die Tatsache, dass es keinen einzigen Korrespondenten der tschechoslowakischen Presse in der Schweiz und auch keinen Schweizer Korrespondenten in der CSSR gebe.

Zu den vorgebrachten Konsularfällen: Man sollte einen Fall nach dem anderen konkret und praktisch besprechen und lösen. Es herrscht sicher beidseitiges Verständnis für Familienzusammenführungen und die Zahlung von Unterhaltsbeiträgen. Solche Sachen sollten die gegenseitigen Beziehungen nicht stören. Es bestehen gegenseitige Verträge seit 1929, auf deren Grundlage man die hängigen Fälle lösen kann. Die Türen der tschechoslowakischen Botschaft sind offen für jeden Abgeordneten des Schweizer Parlaments wie auch für jede Gruppe und Fraktion. Manche Probleme müssen jedoch von anderen Organen als dem Aussenministerium gelöst werden. Die Gerichte der CSSR sind unabhängig. Die Fälle sollten durch Vermittlungen unserer Botschaften erledigt werden. Die Visaangelegenheiten haben dagegen nichts zu tun mit der Aussenpolitik eines Staates.

Botschafter Thalman: Was die Fragen der Information anbetrifft, so können wir nicht darüber hinwegsehen, dass unsere Systeme verschieden sind. Friedliche Koexistenz bedeutet ja gutes Auskommen zwischen unterschiedlichen Systemen. Aus diesen Gegensätzen entstehen sicherlich Probleme. Würde man in der CSSR kritisch über die Schweiz schreiben, so müssten wir das hinnehmen und könnten nicht dagegen protestieren. Zum Austausch von Korrespondenten: Wir sind ohne weiteres bereit, einen Vertreter der CSSR in unserem

- 10 -

Lande aufzunehmen. Andererseits können wir keinen Einfluss ausüben über die Entsendung von Schweizer Korrespondenten in der CSSR. Dies liegt allein in der Kompetenz der Zeitungen. Zur Frage der Alimente: Vor unseren Gerichten kann jederzeit Klage geführt werden.

Im übrigen werden auch wir dazu beitragen, die Atmosphäre der gegenseitigen Beziehungen weiter zu verbessern. Die hängigen Fragen sollten via unsere Botschaften abgewickelt werden.

Minister Ruzek: Die CSSR hat mit manchen Staaten Konsularverträge abgeschlossen, wie z.B. mit den USA. Demnächst werden solche mit Italien und Grossbritannien unterzeichnet. Zum Ausbau der Beziehungen: Es erschiene zweckmässig, wenn man auf speziellen Gebieten gegenseitige Kontakte unter Spezialisten fördern würde. Dies wäre zweifellos ebenso wirkungsvoll wie offizielle Besuche.

Botschafter Thalmann: Zu den Aus- und Rückreisevorschriften für Ausländer in der CSSR: Wir wollen uns nicht in die Gesetzgebung der Tschechoslowakei einmischen. Aber wo es um die Ausreisemöglichkeit für Nur-Schweizerbürger geht, so müssen wir uns damit befassen. Wir halten diese Einschränkungen für eine unglückliche Erschwerung im normalen Verkehr. Zum Artikel in den Schweizer Zeitungen vom 17.7.1973 betreffend die Reisen in die Oststaaten: Dieser Text, der aus dem Jahre 1969 stammt und dessen Publikation nicht von offizieller Seite veranlasst wurde, war auf andere Verhältnisse zugeschnitten. Dies ist ein typisches Beispiel, welches zeigt, dass die Presse bei uns absolut frei ist und publizieren kann, was sie will.

Der Vorschlag, Kontakte unter Spezialisten und Fachgruppen zu fördern, erscheint sehr konstruktiv. Solche Gruppen müssten bei uns ad hoc zusammengestellt werden. Austausch wären z.B. denkbar auf den Gebieten des Gefängniswesens, des Umweltschutzes usw. Häufige und vielfältige Kontakte sind wünschenswert.

- 11 -

Minister Ruzek: Die CSSR pflegt zum Beispiel rege Kontakte mit Frankreich und Grossbritannien. Es finden Austausche von Journalisten und auf dem Gebiet des Schulwesens statt. Kleine Schritte tragen zum bessern Verständnis bei.

Botschafter Thalmann: Wir sind der gleichen Auffassung. Unsere Botschafter müssen hier die Initiative ergreifen. Zur Frage der Konsularverträge: Wir haben seit dem 1. Weltkrieg prinzipiell keine mehr abgeschlossen und halten uns an die Wiener Konvention. Diese bietet unseres Erachtens eine genügende Basis für konsularische Beziehungen. Wir sind z.B. auch nicht dem Europäischen Konsularabkommen beigetreten. Nur wenige konsularische Fälle bringen Probleme. Wir sind der Auffassung, dass diese auch ohne Konsularverträge gelöst werden können.

Minister Ruzek: Die CSSR schliesst solche Verträge ab, weil wir der Ansicht sind, dass der zunehmende Verkehr auf allen Gebieten viele Probleme bringt. Das Abkommen mit den USA gilt als Vorbild. Die Wiener Konvention bietet wohl eine Basis für konsularische Beziehungen. Einzelheiten müssten jedoch im Abkommen geregelt werden.

Botschafter Thalmann: Die Sicherheitskonferenz in Genf wird ja vielleicht dieses Problem noch erhellen. Angesichts der abgelaufenen Zeit wird Herr Minister Ruzek zum fälligen Höflichkeitsbesuch bei Bundesrat Graber eingeladen. Die offizielle Sitzung wird geschlossen.

...
 ...
 ...

...
 ...
 ...

...
 ...
 ...

...
 ...
 ...